



Jahresbericht Tunesien 2019

Analuntersuchungen bei Kindern

Im Januar ermittelte die tunesische Polizei wegen Verdachts sexuellen Missbrauchs von 42 Jungen (10-17 Jahre) in einer islamischen Schule in Regueb aber missachtete dabei selbst die Kinderrechte und unterzog die Kinder entwürdigender Untersuchungen. So wurden die Kinder vier Tage von der Jugendschutz Polizei in deren Hauptquartier in Tunis ohne richterliche Anordnung festgehalten und ohne Eltern oder andere Bezugspersonen befragt. Weder von den Kindern noch den Eltern wurde das Einverständnis für medizinische Untersuchungen eingeholt. Amnesty erfuhr, dass mindestens vier der Kinder Analuntersuchungen ausgesetzt waren (um Beweise für sexuellen Missbrauch zu finden). Diese Art Untersuchung gilt als entwürdigende Behandlung beziehungsweise Misshandlung.

Die Staatsanwaltschaft ordnete dann jedoch eine kindgerechte Unterbringung in einem Kinderschutzzentrum an und die Kinder erhielten laut des Ministeriums für Frauen, Familie und Kinder "adäquate medizinische, psychologische und soziale Versorgung." Am 4. Februar wurde Amnesty vom tunesischen Ministerium für Menschenrechte eingeladen um die Situation der Kinder zu diskutieren. Amnesty verdeutlichte dabei erneut die Position gegen die Praxis der Analuntersuchungen auch wenn damit Beweise in Missbrauchsverdachtsfällen gefunden werden.

<https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE3099172019ENGLISH.pdf>

Fortgesetzte Kriminalisierung von LGBTIQ Menschen

Im Zusammenhang mit der fortgesetzten Diskriminierung und Kriminalisierung von LGBTIQ Menschen in Tunesien waren sind ebenfalls Analuntersuchungen auch 2019 wieder Anlass für Kritik.

Die tunesische Verfassung spiegelt internationale Menschenrechtsstandards wieder und schützt Menschen auch vor Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Identität. Artikel 230 im Strafgesetzbuch kriminalisiert jedoch weiterhin einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen Sex zwischen erwachsenen Menschen.

Bereits 2018 wurde dem tunesischen Parlament ein Gesetzesentwurf zur Enkriminalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Beziehungen vorgelegt aber bislang nicht weiter bearbeitet.

Artikel 230 im Strafgesetzbuch bewirkt auch, dass LGBTIQ Menschen keinen staatlichen Schutz vor Angriffen erhalten. Wenn sie Angriffe anzeigen müssen sie eine Anzeige und Verurteilung befürchten und erfahren oft entwürdigende

Behandlung und Misshandlungen auf Polizeistationen. Besonders häufig betroffen von Misshandlungen auf Polizeistationen sind Männer und Transpersonen.

In diesem Zusammenhang kritisierte Amnesty am 28. Februar einen neuen Verbandsantrag der tunesischen Regierung gegen die NGO "Shams". Die 2015 gegründete Organisation setzt sich für die Rechte von LGBTIQ Menschen ein und für eine Abschaffung von Artikel 230 im Strafgesetzbuch. 2016 entschied ein Gericht dass Shams nicht gegen das tunesische Gesetz verstößt. Im Januar 2019 gab es erneut einen Verbandsantrag mit der Begründung dass Shams's "Konzept der sexuellen Minderheiten illegal und konträr zu religiösen Grundlagen und die arabische und islamische Kultur" Tunesiens sei. Statt Shams zu verbieten müsse die Regierung aktiv für den Schutz von LGBTIQ Menschen werden, Artikel 230 abschaffen und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte verhindern.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/02/tunisia-authorities-must-end-shameful-attempts-to-shut-down-prominent-lgbti-organization/>

Sicherheitsdienste sorgen für die eigene Straffreiheit

Am 25. März einen Tag vor der Veröffentlichung des Berichts der Wahrheitskommission zu Folter und andere schweren Menschenrechtsverletzungen in über 62.000 Fällen für den Zeitraum 1953 bis 2013 begrüßte Amnesty erneut die Arbeit der Wahrheitskommission und kritisierte zugleich tunesische Autoritäten. Insbesondere fordert Amnesty eine schnellere Umsetzung der in der Übergangsjustiz eingerichteten Gerichtsverfahren gegen Täter:innen der Vergangenheit. Die Wahrheitskommission ist einmalig in der Region und kann untersuchte Fälle selbst zur Anzeige bringen. Bislang brachte die Kommission 173 untersuchte Fälle zur Anzeige, zu 30 davon wurden Gerichtsverfahren eröffnet. Amnesty kritisiert dabei, dass Sicherheitsbehörden systematisch Ermittlungen boykottieren, gänzlich ohne Konsequenzen einfach nicht vor Gericht erscheinen und dabei Druck auf die Justiz und Politik ausüben oder Staatsanwaltschaften und Gerichte die in anderen Fällen eng mit Polizeikräften zusammenarbeiten parteiisch zu Gunsten der Angeklagten vorgehen.

Ein Beispiel für die Verzögerungstaktik: die Verhandlung zum Fall von [Faysal Barakat](#), einem 25 Jahre alten Studenten der 1991 in Polizeigewahrsam zu Tode gefoltert wurde, wurde am 6. Juli 2018 eröffnet. Alle weiteren Gerichtstermine wurden auch 2019 immer wieder vertagt.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/03/tunisia-truth-commission-findings-must-lead-to-justice-for-thousands-of-victims-of-human-rights-violations/>

Strafflosigkeit bei aktuellen Foltterwürfen

Bereits im März 2018 forderte Amnesty International mit insgesamt 15 tunesischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen die tunesische Regierung auf die fortgesetzte Strafflosigkeit von Angehörigen aller Sicherheitsdiensten nach Misshandlung, Folter und Tötungen in Gewahrsam nicht länger zu dulden und das System der Sicherheitsdienste zu reformieren. Die starken Gewerkschaften der Sicherheitsdienste hatten mehrfach dazu aufgerufen laufende Ermittlungen gegen angeklagte Kolleg:innen zu

boykottieren also sich zu weigern gegen Kolleg:innen überhaupt zu ermitteln und stets Druck auf Regierung, das Parlament, Staatsanwaltschaften und Gerichte ausgeübt um die Freilassung festgenommener Kolleg:innen zu erreichen, auf Gesetzesebene die Strafverfolgung von Angehörigen der Sicherheitsdienste wieder generell zu unterbinden oder aktuelle Gerichtsverhandlungen zu verschleppen.

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde30/8047/2018/en/>

Lasche Ermittlungen und geringe Tatvorwürfe nach tödlichen Misshandlungen

Am Nachmittag des 23. Oktober 2018 schossen Sicherheitskräfte auf den 19 Jahre alten Ayman Othmani der zufällig an einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und Sicherheitskräften vorbeikam, als er nach der Mittagspause zurück zu seinem Arbeitsplatz auf eine Baustelle ging. Anschließend schlugen und traten sie den Bewusstlosen - mit Schuhen auch ins Gesicht - wie Zeug:innen Amnesty berichteten, mindestens zehn Minuten lang. Augenzeug:innen berichteten, dass Sicherheitskräfte schon zuvor mit scharfer Munition auf Steinwerfende Jugendliche geschossen hatten. Ein Zeuge berichtete Amnesty, dass Ayman hinter einem Wassertank in Deckung gegangen war und dann vor der Auseinandersetzung fliehen wollte. Die Darstellung passt zum Obduktionsbericht: er war von hinten in den Rücken und in den Oberschenkel geschossen worden. Am Tag nach der Tötung veröffentlichte die Regierung ein Statement, dass die Sicherheitsangehörigen die Vorschriften eingehalten hätten und vor Gebrauch der Schusswaffe gewarnt hätten und erst schossen hätten als die Agressoren auch nach den Waffen der Sicherheitsangehörigen gegriffen hätten. Sie nannten Ayman Othmani namentlich als einen der Agressoren. Am 7. März 2019 bestätigte der Staatsanwaltschaft dass es eine Anklage gegen zwei Sicherheitsbeamte wegen unbeabsichtigter Tötung gebe und gegen drei weitere Beamte wegen unterlassener Hilfeleistung und beauftragte die Strafkammer des Tunis II Gerichts für die erste Instanz. Der Anwalt forderte eine angemessenere Anklage und beschwerte sich wegen unzulänglicher Ermittlungen vor dem Kassationsgericht.

Nachdem am 31. März 2018 eine Gruppe Polizeiangehöriger den 19-Jährigen Omar Labidi nach Fußballspiel im Rades Stadion gejagt und wahrscheinlich in den Fluss gestoßen hatten wo er ertrank sorgten Fußballfans und social media Unterstützer mit dem Hashtag #تعلم_عوم (Lern schwimmen) für hohe Aufmerksamkeit und Zeug:innen teilten Videos. Die 17 über Videoaufnahmen von Zeug:innen identifizierten und angeklagte Polizeiangehörige blieben jedoch bislang auf freiem Fuß, die Staatsanwaltschaft vernahm an drei Terminen Zeug:innen und unternahm dann auch 2019 nichts mehr. Ein als Zeuge vorgeladener Polizist der auch den forensischen Abschlussbericht bringen sollte reagierte bislang nicht auf die Vorladungen - ohne Konsequenzen.

Zögerliche oder keine Ermittlungen nach Polizeibrutalitäten

Iheb ein 19-jähriger Highschool Student wurde am 27. Oktober 2018 von Polizisten angegriffen und geschlagen als er das Rades Stadium nach einem Fußballspiel verließ. Da es Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Fußballfans gab blieb er länger im Stadium und verließ es erst nach dem Ende der Ausschreitungen. Iheb berichtete Amnesty, dass er von mindestens sechs

Beamten mit Stöcken auch auf den Kopf geschlagen wurde. Sie nahmen ihn im Polizeifahrzeug mit hielten unterwegs an und zwei der Polizeikräfte drohten ihm mit Vergewaltigung. Sie brachten ihn zur Neu Medina Polizeistation und verweigerten ihm ärztliche Hilfe und einen Anruf. Erst später brachte ein Beamter ihn ins Nicole Krankenhaus. Er wurde genäht und die Polizei nahm ihn vor der abschließenden ärztlichen Untersuchung wieder mit und brachte ihn in Untersuchungshaft in der Bouchoucha Polizeistation wo er drei Tage ohne einen Anruf tätigen zu können fest gehalten wurde. Als Iheb noch mal ins Krankenhaus ging um den Arztbericht zu holen erfuhr er dass es keinen ärztlichen Bericht gab und vermutete dass die Polizei dafür gesorgt hatte dass die Verletzungen nicht dokumentiert wurden. Seine Familie brachte ihn zu einem privaten forensischen Arzt der eine verletzte und ausgerenkte linke Schulter und Verletzungen am ganzen Körper auch an den Geschlechtsteilen dokumentierte. Seine Familie reichte am 23. November Beschwerde ein und Iheb wurde im Dezember von der Polizei vernommen dann passierte nichts mehr.

<https://www.amnesty.org/en/latest/Campaniums/2019/04/tunisia-where-running-from-police-can-be-deadly/>

Am 5. Mai 2018 griffen Polizeiangehörige die Brüder Aly und Youssef Bouzwida an. In der Nähe gab es nach einem Basketballspiel Auseinandersetzungen zwischen Fans und Polizei. Die beiden Brüder trafen auf eine Gruppe von 15 Polizisten. Einer von ihnen schrie nach Alys Aussage gegenüber Amnesty, "da sind sie". Mehrere schlugen mit Schlagstöcken auf die beiden ein auch auf den Kopf - ein Anwohner filmte 30 Sekunden der Gewalttaten.

Zivile Einsatzkräfte die nicht Teil der Polizei sind kamen dazu und brachten den bewusstlosen Youssef ins Krankenhaus, die Polizeibeamten hinderten sie daran auch Aly ins Krankenhaus zu bringen und nahmen ihn mit und holten später auch Youssef aus dem Krankenhaus auf die Polizeistation. Die Brüder wurden am nächsten Morgen entlassen. Das Video des Anwohners zur Gewalttat wurde ebenfalls auf social media bekannt und mit dem Hashtag #اجري_تعلم (lern wegrennen) mit dem "lern schwimmen" des getöteten Omar Labidi verlinkt. Die Brüder nahmen sich einen Anwalt der Beschwerde wegen Polizeigewalt einreichte. Die Polizisten antworteten mit einer Gegenklage und behaupteten die Brüder hätten Steine gegen Polizeibeamte geworfen. Bis März 2019 hatten konkrete Ermittlungen im Fall der beiden Brüder noch nicht einmal begonnen.